Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/1364
30.06.2016

Innenausschuss

86. Sitzung (öffentlich)

30. Juni 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:20 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1 Gesetz zur Änderung des Landesministergesetzes und weiterer Gesetze **10**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11153

Stellungnahmen 16/3907, 16/3908, 16/3909, 16/3911m 16/3965
APr 16/1327

Der Innenausschuss **stimmt** dem **Änderungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **zu.**

Der **Ausschuss stimmt** dem **geänderten Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/11153** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen

die Stimmen der Fraktion der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP **zu**.

2 Sechstes Gesetz zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen 11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12120

– Kurze Aussprache. 11

3 Informationsfreiheit schützen - Transparenz und einfachen Zugang zu staatlichen Informationen sicherstellen 12

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11219

Der Ausschuss diskutiert mit der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Frau Helga Block, sowie Herrn Arne Semsrott, Projekt "FragDenStaat" über verschiedene Fragestellungen. 12

4 Aktuelle Viertelstunde
„Gravierende Probleme bei der Aufstellung neuer Anti-Terror-Einheiten in Nordrhein-Westfalen?“ (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **19**

IdP Bernd Heinen (MIK) berichtet und beantwortet Fragen der Abgeordneten. 19

5 Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen 26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10379

APr 16/1238
Stellungnahme 16/3913

Der **Ausschuss stimmt** dem **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - vgl. Drucksache 16/12370 - mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und Piraten bei Enthaltung der FDP-Fraktion **zu**.

Der **Ausschuss** stimmt sodann dem **Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/10379 in der geänderten Fassung** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Fraktionen der CDU und der Piraten bei Enthaltung der FDP-Fraktion **zu**.

6 Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2016) 30

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12117

Stellungnahme 16/4004

Der **Ausschuss gibt kein Votum** zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 16/12117 ab**.

7 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung arbeits- und technischer Gefahrenschutz 38

Vorlage 16/3952

Der **Innenausschuss wurde angehört**.

8 Entwurf einer Verordnung über die Regelung von Zuständigkeiten nach § 32 Absatz 1 des Gesetzes über die politischen Parteien 39

Vorlage 16/4024

Die **Anhörung des Innenausschusses ist erfolgt**.

9 Bekämpfung grenzüberschreitender Einbruchskriminalität verbessern 40

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10067

Ausschussprotokoll 16/1217

Der **Innenausschuss lehnt** den **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/10067** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **ab**.

10 Bargeld - Freiheit - Privatsphäre - PUNKT!
Keine Obergrenze für Barzahlungen! – Wehret der schleichenden Abschaffung des Bargeldes und einem weiteren Schritt hin zum Überwachungsstaat 42

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11217 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 16/1275

Der **Innenausschuss lehnt** den **Antrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/11217 (Neudruck)** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piratenfraktion und der FDP-Fraktion **ab.**

11 Die IT-Infrastruktur der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen muss sicher sein - die Gesundheit der Patientinnen und Patienten darf nicht zum Spielball von Kriminellen im Netz werden! 43

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11216

Ausschussprotokoll 16/1319

Der **Innenausschuss lehnt** den Antrag der Piratenfraktion **Drucksache 16/11216** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piratenfraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **ab.**

12 Die Zukunftsfähigkeit von Politik und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen stärken - Engagement für die Initiative Open Government Partnership aufnehmen. 45

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12107

– Kurze Aussprache 45

13 Rechtliche Hürden für polizeiliche Videobeobachtung senken - mehr Sicherheit ermöglichen! 46

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12121

Theo Kruse (CDU) beantragt namens der CDU-Fraktion ein Sachverständigenanhörung. 46

14 Großbrand in Flüchtlingsunterkunft auf Düsseldorfer Messegelände (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **47**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4073

– Diskussion 47

15 Dumpingausschreibungen und chaotische Eignungsprüfungen für Sicherheitsdienste in nordrhein-westfälischen Flüchtlings-unterkünften (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **56**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4068

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis. 56

16 Verdeckte Lobbyarbeit für Wirtschaftsunternehmen bei nordrhein-westfälischen Polizeibehörden? (TOP beantragt von der Fraktion der Piraten; siehe Anlage) **57**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4074

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht **Vorlage 16/4074** zur Kenntnis.

17 204. Sitzung der Innenministerkonferenz (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage) **58**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4069

– Aussprache 58

18 EM-Krawalle in Frankreich durch Hooligans aus NRW (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; s. Anlage) **60**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4070

– Kurze Aussprache 60

19 Neue Erlassvorgaben für die Diensthundeführer in NRW: Diensthundeführer künftig in colorierten Streifenwagen als uniformierte Einsatzstreife? (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **61**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4071

IdP Bernd Heinen (MIK) beantwortet Fragen der Abgeordneten. 61

20 Aktuelle Erkenntnisse zum Anschlag auf den Sikh-Tempel (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; s. Anlage) **64**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4075

– Diskussion 64

21 Straftaten durch NAFRIS in Köln und Düsseldorf im Zeitraum 2. Januar 2016 bis 30. Juni 2016 (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **73**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4076

– Aussprache 73

22 Eckpunkte zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen in Regeleinrichtungen des Landes NRW vom 22. September 2015, konkretisiert durch Handlungsempfehlungen je Eckpunkt vom 17. Mai 2016 (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage) **74**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4028

– Kurze Aussprache 74

* * *

3 Informationsfreiheit schützen - Transparenz und einfachen Zugang zu staatlichen Informationen sicherstellen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11219

Vorsitzender Daniel Sieveke: Ich darf ganz herzlich Frau Helga Block, Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, und Herrn Arne Semsrott, Projekt "FragDenStaat.de" begrüßen. Die Piratenfraktion hat eben in Aussicht gestellt, dass wir heute auch über den Antrag abstimmen könnten, wenn es denn die Diskussion hergibt. Wir sind da nicht so ganz stark unter Zeitdruck. Das Plenum wird es nicht mehr erreichen. Falls wir es abschließen können, ist das natürlich für die weiteren Tagesordnungspunkte in folgenden Sitzungen natürlich immer auch dienlich. Heute soll es darum gehen, dass die Piratenfraktion kurz noch einmal einführt, Sie beiden dazu kurz Stellung nehmen. Fragen können natürlich auch gestellt werden. Ich will Sie jetzt nicht unter Druck setzen.

Frank Herrmann (PIRATEN): Herr Vorsitzender! Ein paar Minuten wollen wir darauf verwenden. Das haben wir vereinbart. Wir haben den Antrag gestellt „Informationsfreiheit schützen - Transparenz und einfachen Zugang zu staatlichen Informationen sicherstellen", weil es zum letzten Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht bzw. der Stellungnahme der Landesregierung zu diesem Bericht ein paar Irritationen gab, zum Beispiel war, was das Projekt"FragDenStaat" angeht, die wirksame Beauftragung infrage gestellt worden. Auch die Berechtigung der Antragsteller, die Informationen, die sie erhalten haben, weiter zu verbreiten, war da verneint worden. Insofern haben wir das Gespräch hier angeregt. Auch von unserer Seite vielen Dank, dass es zustande gekommen ist, dass Sie beide hier sind.

Sinn war, dass Sie dem Ausschuss berichten, was denn „FragDenStaat" ist und was die vielleicht vorhandenen Missverständnisse angeht. Konnten die ausgeräumt werden?

Helga Block (Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit): Ich wollte kurz zu dem Antrag selber Stellung nehmen. Dazu bin ich auch aufgefordert worden. Der Antrag enthält zwei Forderungen an die Landesregierung, die erste, nämlich Klarstellung und Hinweise der Landesregierung zum Verfahren nach dem Informationsfreiheitsgesetz, wäre aus meiner Sicht zu begrüßen. Als Adressaten der Hinweise könnte ich mir allerdings neben den im Antrag genannten öffentlichen Stellen auch Bürgerinnen und Bürger vorstellen.

Und die zweite Forderung, nämlich dass diese Behandlung des Themas in Fortbildungen, so weit dies nicht ohnehin schon geschieht, aufgenommen werden soll, ist aus meiner Sicht auch zu begrüßen, insbesondere dann, wenn die Zielrichtung dieser Fortbildung eine bürgerfreundliche und offene Verwaltung im Sinne von Open Data ist. Allerdings fände ich es besser, wenn bei Hinweisen und Klarstellungen seitens der

Landesregierung oder auch im Rahmen von Fortbildungsprogrammen der Umgang mit Anträgen über die Plattform „FragDenStaat“ nicht das alleinige Thema ist, sondern ich würde es begrüßen, wenn das Thema Zugang zu Daten bei öffentlichen Stellen insgesamt bei diesen beiden Forderungen in den Fokus genommen würde, nicht eingeschränkt auf die Fragen, die Sie eben genannt haben, zu „FragDenStaat“, sondern etwas globaler fassen. Das würde ich aus meiner Sicht begrüßen. Bei der Konzipierung solcher Hinweise oder auch im Rahmen der Fortbildung stehen ich und meine Behörde natürlich gerne auch zur Unterstützung zur Verfügung. Das wäre mein Statement zum Antrag.

Vielleicht erlauben Sie noch ganz kurz, Herr Herrmann hatte auch darauf hingewiesen, zu Folgendem auszuführen: Im Innenausschuss am 18.02., als sowohl der Datenschutzbericht als auch die Stellungnahme der Landesregierung auf der Tagesordnung standen, war konzertiert worden, dass es gewisse - Sie sagten - „Irritationen“ oder zumindest gewissen Klarstellungsbedarf gab in Bezug auf das Projekt“FragDenStaat“. Ich hatte damals in Aussicht gestellt, ein Gespräch zu initiieren, unter Beteiligung des Innenministeriums und unter Beteiligung von „FragDenStaat“. Dieses Gespräch hat in der Zwischenzeit stattgefunden. Die Funktionsweise und die Arbeitsweise von „FragDenStaat“ wurden dabei ausführlich erläutert. Wir haben viele Fragen gestellt. Die wurden auch beantwortet.

Ich würde gerne zu einem hier auch im Ausschuss seinerzeit herausgehobenen Thema kurz Stellung nehmen. Das war das Problem des Schutzes der personenbezogenen Daten der Beschäftigten, die dann in dieser Datei erscheinen, die von „FragDenStaat“ im Netz zur Verfügung steht, wo die Beschäftigten mit Namen genannt sind und dann nicht anonym bleiben. Das haben wir ausführlich diskutiert.

Im Rahmen des Gespräches wurde durch „FragDenStaat“ dann zugesichert, dass solche Daten von Beschäftigten nicht mehr veröffentlicht werden sollen. Konkret bedeutet das, dass diese Daten in E-Mails, die veröffentlicht werden, automatisch geschwärzt werden, und in Anhängen, die E-Mails oft haben, sollen die personenbezogenen Daten der Beschäftigten dann durch die Antragsteller selbst geschwärzt werden, wobei wir noch einmal vereinbart haben, dass „FragDenStaat“ die Antragsteller darauf auch noch einmal ausdrücklich hinweisen wird. Sollte dann trotzdem eine solche Schwärzung unterbleiben, können sich die Behördenvertreter auch an „FragDenStaat“ wenden, sodass die Schwärzung dann im Nachhinein vorgenommen wird. Das Ganze kann man auch sehen, wenn man auf die Webseite von „FragDenStaat“ geht. Dort kann man inzwischen sehen, dass die Hinweise zum Verfahren entsprechend angepasst wurden.

Und daher bedanke ich mich auch noch einmal bei Herrn Semsrott für die konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen dieses Gespräches. Ich denke, Herr Semsrott ist heute hier, um vielleicht Einzelheiten zum Verfahren aus seiner Sicht zu erläutern, sodass ich es jetzt erst einmal dabei bewenden lassen würde und im Übrigen später zu Fragen dann noch zur Verfügung stehe. - Vielen Dank.

Arne Semsrott (Projektkoordinator „FragDenStaat“): Auch von meiner Seite vielen Dank für die Einladung. Ich werde jetzt „FragDenStaat“ nicht extra noch einmal vorstellen. Das kennen Sie ja. Nur kurz ein paar Rahmendaten: „FragDenStaat“ gibt es inzwischen seit fünf Jahren in Deutschland, seit knapp fünf Jahren in NRW. Inzwischen sind mehr als 1.000 IFG-Anfragen über die Plattform an Behörden in NRW gestellt worden. NRW war auch sehr lange das Vorbild-Bundesland für „FragDenStaat“, inzwischen ein bisschen den Rang abgelaufen durch Hamburg und Rheinland-Pfalz mit ihren Transparenz-Gesetzen. Da läuft das alles noch ein bisschen runder, trotzdem eine sehr gute Praxis.

Dementsprechend waren wir auch etwas verwundert, als wir diese Stellungnahme des MIK gelesen haben, nach fünf Jahren der eigentlich guten Zusammenarbeit, auch weil wir die Strategie Open NRW mit der Open Knowledge Foundation, Gemeinnütziger Verein, der der Träger von „FragDenStaat“ ist, unterstützen. Wir haben uns ein bisschen gewundert, auch deswegen, weil einige Ämter auf uns zugekommen sind und Anfragen über die Plattform nicht mehr beantworten wollten. Das ist deswegen ein bisschen problematisch, weil einige Behauptungen, die in dieser Stellungnahme aufkommen, so nicht zutreffen. Dazu gehört zum Beispiel, dass „FragDenStaat“ unter Umständen selbst als Antragsteller fungiert, was definitiv nicht so ist. Wir sind nur Bote. Die Plattform leitet nur weiter. Insofern ist da jetzt ein bisschen Unklarheit, Verwirrung gestiftet worden.

Deswegen begrüßen wir diesen Antrag sehr, wenn er dabei unterstützen kann, wieder ein bisschen Klarheit reinzubringen, dass Behörden IFG-Anfragen über „FragDenStaat“ ganz normal wie jede andere IFG-Anfrage auch beantworten können und dann eine Sicherheit haben, dass das alles so mit rechten Dingen zugeht.

Frank Herrmann (PIRATEN): Vielen Dank, dass Sie gesprochen haben, dass Sie sich auch so einig sind. Vielen Dank, Frau Block, dass Sie noch einmal darauf hingewiesen haben, dass „FragDenStaat“ natürlich nicht alles abdeckt, was IFG-Anfragen angeht, sondern dass jeder Bürger das selber machen kann und machen soll. Es ist nur eine Unterstützung.

Zu dem Punkt mit den Daten der Beschäftigten: Da gab es doch schon auch Gerichtsurteile und auch Aussagen von Gerichten, dass Beschäftigte, auch im öffentlichen Dienst grundsätzlich schon damit rechnen müssen, dass bestimmte Daten von ihnen jetzt im Rahmen Ihrer Amtshandlungen veröffentlicht werden können, wobei ich schon begrüße, was Sie gerade gesagt haben, dass „FragDenStaat“ mehr darauf achtet. Aber es kann natürlich bei jeder direkten IFG-Anfrage eines Bürgers dazu kommen, dass er die Antwort der Bürger halt veröffentlicht, was er auch darf, und dass da auch persönliche Daten drinstehen. Ich frage, ob Sie mich da bestätigen. Da gab es das Urteil, dass ein Behördenvertreter damit rechnen muss, dass seine Kontaktdaten mindestens da veröffentlicht werden. Grundsätzlich hätte ich eine Frage, wie die Landesregierung dazu steht.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Jetzt schließen wir erst einmal den ersten Themenkomplex ab. An die beiden Gäste: Können Sie die Aussage von Herrn Herrmann bestätigen?

Arne Semsrott (Projekt“FragDenStaat“): Ich kann gern noch etwas dazu sagen. Da muss man schon unterscheiden zwischen Theorie und Praxis. In der Praxis, so würde ich sagen, stellt sich dieses Problem gar nicht, weil „FragDenStaat“ auch nicht erst seit Kurzem, sondern schon seit vielen Jahren automatisierte Textteile schwärzt. Das heißt, wenn Sie Antworten auf der Plattform: „FragDenStaat“ von Behördenmitarbeiterinnen und Behördenmitarbeitern sehen, wird automatisch zum Beispiel nach einem Textteil „mit freundlichen Grüßen“ geschwärzt, sodass dann die personenbezogenen Daten von Behördenmitarbeitern nicht öffentlich werden. In Anhängen, wie von Frau Block gesagt, können Antragsteller selbst schwärzen und haben dazu ein integriertes Werkzeug auf der Plattform. Deswegen glaube ich, dass sich praktisch wenig Probleme stellen.

Die Frage, ob, wenn Daten veröffentlicht werden, das rechtmäßig ist oder nicht, gehen wir deswegen aus pragmatischen Gründen gar nicht an. Ich würde davon ausgehen, dass es theoretisch und rechtlich auch okay wäre, wenn das passiert, aber wie gesagt, das stellt sich in der Praxis bei „FragDenStaat“ in der Regel nicht. Sollte etwas veröffentlicht sein und eine Behörde macht uns darauf aufmerksam, dann schwärzen wir das - wir sind sowieso die ganze Zeit im Internet - in der Regel innerhalb von ein paar Minuten.

Matthi Bolte (GRÜNE): Ich würde jetzt direkt zum Antrag was sagen. Ich weiß nicht genau, welchen Ablauf Sie geplant haben.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Ich wollte jetzt erst einmal die Fragen an die Sachverständigen loslassen. Ich gucke jetzt einmal in die Runde. Gibt es keine weiteren Fragen? Herr Herrmann hat schon eine allgemeine Frage gestellt, wie die Landesregierung dazu steht. Dann haben Sie jetzt das Wort.

Matthi Bolte (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde tatsächlich ein Stück weit zum Antrag, ein Stück weit zu dem Gehörten etwas sagen wollen. Zunächst einmal ganz herzlichen Dank an die beiden Sachverständigen hier für ihre Statements, Frau Block, Herr Semsrott, natürlich auch ein Dank aus Sicht der Grünen-Fraktion für die Arbeit von „FragDenStaat“. Das ist ein gutes Projekt. Das haben wir immer gesagt. Das Projekt ist auch weder im LDI-Bericht noch in der Stellungnahme der Landesregierung in irgendeiner Art und Weise infrage gestellt worden. Ich glaube, es war richtig, dass wir das heute noch einmal herausgearbeitet haben. Insofern gibt es da auch nicht wirklich irgendetwas zu skandalisieren.

Ich finde es sehr vernünftig - der Beschäftigtendatenschutz war einer der zentralen Kritikpunkte oder Fragestellungen -, dass Sie sich da jetzt einfach gütlich verständigt haben. Ich finde die Lösung, ehrlich gesagt, unabhängig von dem, was gesetzlich mög-

lich wäre, darüber hinaus im Sinne der betroffenen Beschäftigten vernünftig und pragmatisch, sich an so einer Stelle zu verständigen. Insofern nehme ich aus diesem Gespräch, das wir hier haben, mit, dass der Antrag ein Stück weit gegenstandslos geworden ist. Eigentlich war das Interesse der Piratenfraktion, einen Vorgang zu skandalisieren, den es nicht gibt, wo es ein Missverständnis über eine Auslegung von Regelungen gibt, was jetzt auch ausgeräumt ist. Insofern würde ich sagen, dass dieser Antrag nicht wirklich notwendig ist. Im Feststellungsteil möchten Sie, dass wir feststellen, was schon im Gesetz drinsteht. Das ist aus meiner Sicht nicht unbedingt nötig.

Zu den Beschlusspunkten würde ich einfach sagen: Informationen sind eigentlich nie verkehrt. Aber wir sollten die Informationen, dieses Thema dann noch einmal aufrufen, wenn wir, was noch geplant ist, das IFG ohnehin noch einmal anpacken und in Richtung eines Transparenzgesetzes weiterentwickeln. Dann können wir auch gerne noch einmal darüber sprechen, wie wir das stärker in der Öffentlichkeit publik machen. Das macht, glaube ich, mehr Sinn.

Guido van den Berg (SPD): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Auch bei uns ist es wichtig, noch einmal festzuhalten, dass wir, als wir beim letzten Mal den Bericht des LDI diskutiert haben, Herr Herrmann, bei uns keine Irritationen dadurch verursacht worden sind, wie Sie das vorhin unterstellt haben. Ich fand, dass das eigentlich sehr klar und sehr eindeutig dargestellt worden ist.

Was wir absolut begrüßen - da hat Ihr Antrag etwas Positives bewirkt, das muss man an der Stelle festhalten -, dass es dieses Gespräch gegeben hat. Ich habe auch zu denen in der letzten Runde gehört, die gesagt haben, das wird sehr einseitig diskutiert. Ich habe den Oberamtsrat als Beispiel eingeführt, der dann auf Ewigkeiten im Internet steht und sich mit Geschichten konfrontiert sehen muss. Wenn man da jetzt einen Modus Vivendi gefunden hat, wie man die Probleme pragmatisch löst, kann man das, glaube ich, nur begrüßen.

Was uns an der Stelle wichtig ist, ist, dass wir mit unserer gesamten Initiative zu Open Government und zum Informationsfreiheitsgesetz hin zu einem Transparenzgesetz natürlich eine Kultur in diesem Land entwickeln wollen und weiterführen wollen, die dazu führt, die Grundsätze auch von Open Government, wozu auch Zusammenarbeit gehört, zu fördern. Ein Ziel ist natürlich auch, das Vertrauen direkt mit den Bürgern zu stärken. Ich sage das sehr bewusst, weil die Debatte, die zum Teil hier geführt worden ist, auch den Eindruck vermittelt, dass wir unbedingt einen Dritten dazwischen brauchen, der Poststelle ist. Das ist mitnichten unsere Auffassung, sondern es geht auch darum, gerade mit unseren Initiativen den direkten Kontakt der Bürger mit den staatlichen Institutionen zeitgemäß und vertrauensvoll zu organisieren und dadurch auch Vertrauen in staatliche Institutionen zu stärken.

Frank Herrmann (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Herr Bolte, Herr van den Berg, Sie haben mal wieder den Antrag nicht gelesen oder ihn nur überflogen. Wir sind hier nicht zum Skandalisieren. Es geht auch gar nicht gegen den Bericht der LDI. Der ist einwandfrei an der Stelle - das können wir im Protokoll nachlesen. Ich gehe

davon aus, dass es dazu ein Wortprotokoll gibt, weil wir hier auch Sachverständige hatten.

Es geht um die Stellungnahme der Landesregierung dazu. Die hat das Problem verursacht. Die Stellungnahme der Landesregierung zum Bericht hat dazu geführt, dass Informationsfreiheitsanfragen nicht beantwortet wurden. Es ist Sinn dieses Antrages, das klarzustellen, dass die Landesregierung ihre Position klarstellt. Das ist der Sinn dieses Antrags und nicht der Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht der LDI. Darum geht es hier. Bis jetzt haben wir in keiner Weise die Position der Landesregierung zu diesem Thema gehört. Das war schon das Problem, als wir das zum ersten Mal hier besprochen haben, als wir dieses Gespräch heute vereinbart haben. Auch damals hat sich die Landesregierung zu dem Thema gar nicht geäußert.

Deswegen würde mich jetzt an dieser Stelle interessieren, weil sowohl Herr Semsrott wie auch Frau Block uns letztlich hier mit unserem Antrag unterstützt haben, wie denn jetzt die Position der Landesregierung ist. Unsere Intention ist mit dem Antrag, dass die Stellungnahme der Landesregierung zum 22. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht richtiggestellt wird, dass die überarbeitet wird. - Danke.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Vielen Dank, Herr Herrmann. - Die Frage haben Sie eben gestellt. Die Landesregierung wollte auch antworten. - Herr Schnieder, können Sie etwas dazu sagen?

MDgt Burkhard Schnieder (MIK): Herr Semsrott hat eingangs schon gesagt, dass in Nordrhein-Westfalen ganz offen damit umgegangen wird, dass NRW sogar an der Spitze der Antworten lag. Wir sind auch grundsätzlich bereit, auf Anfragen von „FragDenStaat“ zu antworten. Wir machen da kein Grundsatzproblem draus. Deshalb glaube ich, dass das hier auch überproblematisiert wird.

Grundsätzlich gibt es natürlich zwei Ansatzpunkte, wo man mit Bedenken ansetzen könnte. Das Eine ist, dass das Informationsfreiheitsgesetz fordert, dass der Antragsteller eine natürliche Person ist, dass das klar sein muss; das andere ist das Problem, dass personenbezogene Daten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden dann dauerhaft im Internet veröffentlicht worden sind.

Über diese Problematik ist mit Herrn Semsrott gesprochen worden. Da ist eine Basis gefunden worden, wie man damit umgehen kann. Er hat noch einmal erklärt, wie „FragDenStaat“ funktioniert, wie auch sichergestellt wird, dass Personen im Hintergrund tatsächlich vorhanden sind. Sie müssen auch einmal über ihre eigene E-Mail-Adresse bestätigen, dass sie die Anfrage gestellt haben. Wir haben auch Agreement getroffen, wie man mit personenbezogenen Daten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgehen kann. Auf dieser Basis, denke ich, kann man in der Zukunft arbeiten. Von daher hat die Landesregierung kein grundsätzliches Problem mit „FragDenStaat“. Anfragen werden beantwortet. Wir werden mal gucken, ob sich in einem Einzelfall vielleicht ein Problem stellt, nämlich dann, wenn es um negative Bescheide geht, wenn vielleicht eine Anfrage abgelehnt werden muss, wenn ein Gebührenbescheid zu erstellen ist.

Dann gucken wir mal, wie damit umgegangen wird, ob sich dann in der Praxis Probleme stellen. Aber grundsätzlich ist Position der Landesregierung, dass man offen ist für Anfragen über „FragDenStaat“.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. - Können wir heute darüber abstimmen?

Frank Herrmann (PIRATEN): Ich würde das dann in der nächsten Ausschusssitzung noch einmal gerne aufrufen wollen.